

# Klartext

aus Berlin und Augsburg

2015/4

Abgeordnetenbrief  
Ulrike Bahr



Foto: © Henning Schacht, 2014

## ZUR SACHE

### Liebe Leserinnen und Leser,

zwei Themen beherrschen in diesen Wochen die öffentliche Diskussion: die terroristischen Anschläge von Paris und die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. Zu beiden Themen sind wir als engagierte und mündige Demokratinnen und Demokraten gefragt.

Der Terrorismus des sogenannten „Islamischen Staats“ ist nicht nur eine Herausforderung für unsere Sicherheitsbehörden und Außenpolitik. Denn trotz Schock und Trauer dürfen wir jetzt nicht die Erwartungen der Terroristen erfüllen: uns verunsichert zeigen, unseren freiheitlichen Lebensstil aufgeben und durch pauschales Misstrauen muslimische Mitbürger\*innen und Einwanderer vor den Kopf stoßen und den dschihadistischen Verführern in die Arme treiben.

Die meisten Opfer dieser menschenverachtenden Gewalt sind Musli-

minnen und Muslime, die sich deshalb aus Syrien, dem Irak oder Afghanistan auf den Weg zu uns gemacht haben. Sie suchen hier Schutz und eine Perspektive für ihr Leben und haben Anspruch auf unsere Solidarität.

Während die staatlichen Stellen recht lange gebraucht haben, um geordnete Verfahren und die Finanzierung der Asylpolitik zu organisieren, hat die Bürgergesellschaft schnell, unbürokratisch und herzlich geholfen. Tausende engagieren sich in lokalen Willkommensinitiativen und Unterstützernetzen. Auch bei uns in Augsburg gibt es viele Menschen, die Geflüchteten den Start vor Ort erleichtern.

Die Asylverfahren muss der Bund jetzt schnell und geordnet führen, die Kommunen sind für die Unterbringung zuständig. Die nötigen Finanz- und Personalmittel dafür hat der Bund in einem Kraftakt zur Verfügung gestellt. Bei der eigentlichen Integration sind aber weiterhin die Engagierten gefordert: um Orientierung im Alltag zu geben, die Regeln unseres Zusammenle-

bens zu vermitteln, Deutsch zu üben, neue Nachbarn und Freunde kennen zu lernen. Um erfolgreich die Schule besuchen, eine Ausbildung machen, eine Arbeit finden zu können. Um unsere freie und tolerante Gesellschaft schätzen zu lernen. Mit Sprach- und Integrationskursen schon für Asylbewerber und mit einer Öffnung des Arbeitsmarktes für alle, die drei Monate hier sind, unterstützt der Bund diese Anstrengungen politisch.

Ich danke den vielen Freiwilligen, die hier in Augsburg und anderswo dafür sorgen, dass die Geflüchteten gut aufgenommen werden. Ich danke auch denen, die sich oft schon jahrelang und weiterhin für alte und pflegebedürftige Menschen, für Kinder und Jugendliche, für ein lebendiges Kulturleben und gute Kommunalpolitik in unserer Stadt engagieren. Denn die demokratische Gesellschaft braucht bürgerschaftliches Engagement in allen Politikfeldern.

Herzlich, Ihre

Ulrike Bahr

## DEMOGRAFIEKONGRESS

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte eingeladen: Etwa 260 Vertreter\*innen aller staatlichen Ebenen, aus der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft diskutierten am 6. November in Berlin politische Konzepte vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Herausforderungen sind besonders der Fachkräftemangel, die zukunftsfeste Gestaltung der Alterssicherung und die Daseinsvorsorge der Kommunen im ländlichen Raum.

Die hohe Zuwanderung und die Flüchtlingsdynamik sehen wir als Chance zur Lösung dieser Probleme. Allerdings sind dazu große Integrationsan-



Fotos © SPD-Bundestagsfraktion 2015

strengungen nötig. Gemeinsam mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften setzen wir uns darum für eine breit angelegte Bildungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive ein. Wenn wir die Geflüchteten schnell fit für den Arbeitsmarkt machen, hilft uns das gegen den Fachkräftemangel und zur Stabilisierung unserer sozialen Sicherungssysteme. Die Geflüchteten selbst können sich über Arbeit und Ausbildung leichter in unsere Gesellschaft integrieren.

Daneben arbeiten wir an einer Familienpolitik, die durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf die wirtschaftliche Sicherheit von Familien

und die Gleichstellung von Frauen und Männern fördert. Mit flexiblen Übergängen in die Rente sollen jede und jeder mehr Wahlfreiheit bekommen, wie der Übergang in den Ruhestand gestaltet werden kann.

## MINDERJÄHRIGE FLÜCHTLINGE

Etwa ein Drittel aller Geflüchteten, die nach Deutschland kommen, sind Kinder. Auch die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die unbegleitet nach



Deutschland kommen, hat sich seit 2013 vervielfacht. Etwa 7300 haben von Januar bis September 2015 Asyl beantragt, 2400 waren jünger als 16 Jahre. In Augsburg werden aktuell 432 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge betreut.

Mit der Unterzeichnung der UN-Kinderrechtskonvention hat sich Deutschland verpflichtet, Politik gegenüber allen Kindern stets am Kindeswohl auszurichten. Gleichzeitig waren im Sommer einige Jugendämter mit der hohen Zahl geflüchteter Kinder und Jugendlicher völlig überfordert. So mussten in Passau zeitweise bis zu 3000 unbegleitete Kinder und Jugendliche untergebracht und betreut werden.

Ich habe deshalb gemeinsam mit meiner Fraktionskollegin Gülistan Yüksel (Bild), der Berichterstatterin für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, mit großer Motivation den Gesetzentwurf von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig unterstützt, der etliche Verbesserungen und Klarstellungen trifft und seit dem 1.11. in Kraft ist :

- Alle Bundesländer haben eine Auf-

nahmepflicht

- Die Auswahl der Jugendämter und die Verteilung der Minderjährigen muss sich am Kindeswohl orientieren. Geschwister und Freunde sollen zusammenbleiben können.
- Für das Asylverfahren Minderjähriger gibt es vormundschaftliche Unterstützung.
- Auch geflüchtete Kinder und Jugendliche dürfen die Angebote der Kinder – und Jugendhilfe nutzen.

Als Beitrag zur Finanzierung gibt der Bund 350 Mio. Euro jährlich ab 2015 und unterstützt generell Länder und Kommunen bei der Verbesserung der Kinderbetreuung.



Großes Interesse bei der Fraktion-vor-Ort zur Pflegereform in Augsburg im April 2015

## BESSERE PFLEGELEISTUNGEN FÜR DEMENZKRANKE

Nach jahrelanger Vorbereitungszeit hat der Bundestag im November beschlossen, die Pflegebedürftigkeit neu zu definieren. Nach altem Recht bekam nur Pflegeleistungen aus der Pflegeversicherung, wer körperlich nicht mehr zur Selbstpflege in der Lage war. Mit dem neuen Verständnis von Pflegebedürftigkeit, das sich an einer umfassenden Einschätzung der Selbstständigkeit orientiert, erhalten nun erstmals auch psychisch und geistig beeinträchtigte Menschen Anspruch auf Leistungen.

Die Pflegestufen werden durch Pflegegrade ersetzt. Großzügige Übergangsregelungen sorgen dafür, dass bei der Umstellung des Systems auch ohne Neubegutachtung niemand schlechter gestellt wird.

Alle Pflegebedürftigen, die in Pflegeheimen oder in Tagespflegen versorgt werden, erhalten künftig einen An-



spruch auf zusätzliche Betreuungsangebote. Wer zuhause betreut wird, erhält ebenfalls neben körperbezogenen Pflegemaßnahmen und Hilfe im Haushalt Betreuungsmaßnahmen, um den Alltag daheim bewältigen zu können. Um den Medizinischen Diensten und den Pflegeanbietern genug Zeit für die Umstellung zu geben, treten diese Änderungen zum 1.1.2017 in Kraft.

Verbesserungen für pflegende Angehörige, die bereits Anfang des Jahres beschlossen wurden, haben wir noch weiter ausgebaut. So entrichtet die Pflegeversicherung unter bestimmten Voraussetzungen Rentenbeiträge für Pflegende. Unterbricht jemand für die



Pflege seine Berufstätigkeit, bleiben die Ansprüche gegenüber der Arbeitslosenversicherung erhalten.

Auch die Pflegeberatung haben wir gestärkt. Die Pflegekassen müssen jetzt feste Ansprechpartner für die Beratung benennen, Angehörige erhalten einen eigenen Beratungsanspruch.

Damit sind nach den Leistungsverbesserungen vom Anfang des Jahres nun weitere Reformschritte für die Pflegebedürftigen und die Pflegenden auf den Weg gebracht. In den nächsten Reformschritten wird es darum gehen, Pflegeberufe attraktiver zu machen, die Pflege von unnötiger Bürokratie zu entlasten und die Qualitätsprüfungen auf eine neue Grundlage zu stellen.

## PROJEKT #NEUE ZEITEN

Eine große Auftaktveranstaltung gab im September das Startsignal für die erste Arbeitsphase des Fraktionsprojekts #NeueGerechtigkeit. In der Projektgruppe #NeueZeiten, die ich gemeinsam mit meinem Tübinger Kollegen Dr. Martin Rosemann leite, haben

wir uns drei große Themenblöcke vorgenommen:

- Lebensphasenorientierte Arbeitszeitmodelle, in denen sich Vollzeittätigkeit und reduzierte Arbeit bei Erziehungszeiten, Pflege oder im Übergang zur Rente abwechseln
- Soziale Sicherung für Solo-Selbstständige, damit der Traum von der selbstständigen Existenz nicht in einem Albtraum endet.
- Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Bürgerschaftlichem Engagement, damit wir auch morgen noch Freiwillige z.B. für Feuerwehr und THW, für Sanitätsdienst und für kommunalpolitische Ämter finden.



Mit Fraktionsvize Carola Reimann bei der Auftaktveranstaltung #NeueZeiten

Nach einer ersten Runde in Berlin möchte ich diese Themen 2016 gerne auch auf breiter Basis in Augsburg mit Gewerkschaften, Unternehmen, Zivilgesellschaft und Arbeitnehmer\*innen diskutieren.

## Berlin Termine X

**02.12.2015 | 13:00 Uhr**

*Eigensinnig, vielfältig, solidarisch—  
Willkommen im neuen Engagement  
Fachtagung auf Einladung der SPD-  
Bundtagsfraktion, Reichstagsgebäude*

**03.12.2015 | 16:00 Uhr**

*Ausschussgespräch mit der AG Frauenrechte  
des Forums Menschenrechte*

**18.12.2015 | 8:00 Uhr**

*AG Strategien gegen Rechtsextremismus zum  
Sachstand NSU-Untersuchungsausschuss*

## FILMVORFÜHRUNG IM THALIA

Jede vierte Frau in Deutschland erlebt im Laufe ihres Lebens körperliche oder sexualisierte Gewalt. In den meisten Fällen ist der Partner der Täter. Oft schämen sich die Opfer für die Übergriffe und suchen keine Hilfe.

Das **Hilfetelefon** möchte das ändern. Unter der kostenfreien Nummer **08000 116 016** können sich Betroffene und ihre Angehörigen rund um die Uhr in 15 Sprachen anonym und vertraulich Hilfe und Rat holen. Seit 2013 finanziert das

AUS  
**Augsburg**



Bundesfrauenministerium diesen Dienst, der inzwischen mehr als 100.000 mal genutzt wurde.

Ich möchte dafür werben, dieses Hilfsangebot bekannter zu machen. Darum habe ich am 8. Oktober ins Thalia-Kino zur Vorführung des SAT1-Films „Die Ungehorsame“ eingeladen, der sehr eindrücklich und verstörend von häuslicher Gewalt, ihren Ursachen und den Abschottungsprozessen erzählt. Anschließend sprach ich dazu in einer Podiumsdiskussion mit Birgit Gaille, Leiterin eines Augsburger Frauenhauses, der Produzentin Yvonne Weber von SAT 1 und der Opferbeauftragten der Polizei Sabine Rochel. Moderiert wurde die Runde von Olivia Haußmann, der Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen.

Es hat mich sehr gefreut, dass die Veranstaltung trotz des schwierigen Themas sehr gut besucht war. Auch an der Diskussion beteiligten sich viele mit Fragen und Stellungnahmen. Ein gutes Zeichen für mehr Aufmerksamkeit im Kampf gegen Gewalt!

## ALLE DABEI—EIN LEBEN LANG!

Die Art und Weise, wie Menschen mit und ohne Behinderung einander begegnen und betrachten, ändert sich gerade grundlegend: weg von der Fürsorge hin zu Teilhabe, von der Fremd- zur Selbstbestimmung, von der Ausgrenzung zur Inklusion.

Wie dieser Bewusstseinswandel in die Planungen zum neuen Bundesteilhabegesetz einfließt, dazu berichtete die Beauftragte der SPD-Bundestagsfraktion für die Belange behinderter Menschen Kerstin Tack in einem Fachgespräch am 21.10.2015 im Stadtwerkesaal in Augsburg. Getreu dem Motto „Nichts über uns—ohne uns!“ waren in einem Dialogprozess Behindertenverbände von Anfang an eingebunden. Für die SPD bleibt das neue Teilhaberecht eine zentrale Forderung, auch wenn die Kommunen die Geldsumme schon bekommen haben, um die der Bund sie durch Übernahme der Eingliederungshilfe entlasten wollte.



Das Bundesteilhabegesetz wird trotzdem im nächsten Jahr große Verbesserungen bringen, so Kerstin Tack: zum Beispiel mit einem besseren Wunsch- und Wahlrecht, dem Recht zur Vermögensbildung und unabhängiger Beratung.

## GRIECHENLAND—WIE WEITER?

Griechenland und seine Finanzprobleme sind aus den Schlagzeilen verschwunden. Gelöst sind die Probleme aber auch mit den neuen Kreditzusagen und nach den Neuwahlen noch nicht. Darum hatte ich Lothar Binding, den finanzpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, gebeten, mit uns vor Ort über die aktuelle Situation zu diskutieren.

Anschaulich stellte Lothar Binding dar, wie die Finanzkrise in Griechenland entstanden ist. Nachvollziehbar erklärte er das komplizierte Geflecht der Transaktionen im Kreislauf von realer und fiktiver Geldwirtschaft und die Wirkung der verschiedenen Rettungspakete. Für die ökonomische Erholung sei es notwendig, aber sehr schwierig schnell eine funktionsfähige Verwaltung aufzubauen. Gleichzeitig müsse wirtschaftliches Wachstum sowie Landwirtschaft und Tourismus gefördert werden, so der Finanzexperte.

Ein starkes Griechenland, ein stabiler Euro-Raum und ein solidarisches



Mit Lothar Binding und Roland Mair

Europa sind, das merken wir in der Flüchtlingskrise, dabei auch in unserem eigenen Interesse.

## GUTES LEBEN UND WOHNEN IN DER SOZIALEN STADT

Steigende Energiekosten, hohe Grundstückspreise, Luxusanierungen, neue Bauvorschriften und zu wenig sozialer Wohnungsbau machen Wohnen immer teurer. Nach einer Studie des Instituts für Städtebau suchen 13 Mio. Menschen bezahlbare Wohnungen, insbesondere in beliebten städtischen Zentren, zu denen auch Augsburg gehört. Auch Geflüchtete brauchen kurz- und mittelfristig Wohnmöglichkeiten. Denn Wohnen ist ein Grundbedürfnis, das Stadtquartier Ort der Integration und Beteiligung und Schule der Demokratie. Soziale Stadtentwicklung steht deshalb ganz oben auf unserer sozialdemokratischen Agenda.

Auf meine Einladung hin kamen Michael Groß, wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, unser dritter Bürgermeister Dr. Stefan Kiefer,

die Königsbrunner Stadträtin Andrea Collisi und Gabriele Opas vom Freiwilligenzentrum am 18.11. in die neue Stadtbücherei und diskutierten Konzepte und Problemlagen.

2 Milliarden Euro stellt der Bund in den kommenden 4 Jahren den Ländern für die soziale Wohnraumförderung zur Verfügung. Geld, das dringend für den Wohnungsbau benötigt wird. Aber Städte sind mehr als Stein und Beton. Darum brauchen wir eine soziale Quartiersentwicklung mit Augenmaß, die die Bedürfnisse der Älteren, der Familien und der Zugewanderten gleichermaßen berücksichtigt.



## Augsburg Termine X

**08.12.2015 | 18:00 Uhr**

*Zwischen Islam und Islamismus: Zum Umgang mit Fragen von Identität, Religion und Gemeinschaft in der pädagogischen Arbeit mit jungen Muslimen; Fachvortrag und Diskussion mit Dr. Götz Nordbruch, ufuq; Neue Stadtbücherei, S-Forum*

**13.12.2015 | 08:00 Uhr**

*rt1 Spendenmarathon*

**23.12.2015 - 03.01.2016**

*Über die Feiertage bleiben meine Büros in Augsburg und Berlin geschlossen.*

**22.01.2016 | 13:00 Uhr**

*Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro. Bitte melden Sie sich telefonisch an.*

### Impressum

V. i. S. d. P.: Ulrike Bahr, Schaezlerstraße 13, 86150 Augsburg

Redaktion: Dr. Ruth Vornefeld, Tel. 030 22777283, [ulrike.bahr.ma01@bundestag.de](mailto:ulrike.bahr.ma01@bundestag.de)